

Pressemitteilung

Berlin, den 08. März 2018

Nr. 10/2018

Digitalisierung in Kommunen: Große Chancen, aber Nachholbedarf bei der Umsetzung

„Zukunftsradar Digitale Kommune“ gibt Aufschluss über den Status quo in Deutschland

Städte und Gemeinden in Deutschland haben die immensen Potenziale der Digitalisierung erkannt. 91 Prozent der Kommunen schätzen den Mehrwert der digitalen Veränderungen als hoch oder sehr hoch ein. Dies ist ein Ergebnis des „Zukunftsradar Digitale Kommune“, den der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) gemeinsam mit dem Institut für Innovation und Technik (iit) erstellt hat. „Die Ergebnisse dieser breit angelegten Befragung machen deutlich, dass Städte und Gemeinden sich der Zukunftsaufgabe Digitalisierung stellen“, sagte Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, bei der Präsentation der Ergebnisse in Berlin. Allerdings schätzen nur 10 Prozent der Kommunen ihren aktuellen Status quo als gut ein. „Der Zukunftsradar zeigt, dass gewaltige Aufgaben auf uns warten und die Kommunen die digitale Transformation schnell und mit Priorität angehen müssen, um den Anschluss nicht zu verlieren. In der nächsten Zeit gilt es vor allem, die Digitalisierung in Kommunen als strategisches Thema zu etablieren“, so Prof. Dr. Volker Wittpahl (iit).

Die großen Chancen und Potenziale, die aus der Digitalisierung für Städte und Gemeinden in der Zukunft erwachsen werden, müssen in der Regel erst noch mit harter Arbeit geborgen werden. Diese Ein-

schätzung bestätigte sich in den Ergebnissen des „Zukunftsradar Digitale Kommune“. Zu Beginn des Jahres 2018 herrscht aber bei mehr als der Hälfte der befragten Städte und Gemeinden noch Skepsis angesichts der kommenden Aufgaben vor: 51 Prozent der Kommunen fühlen sich nicht ausreichend auf die Digitalisierung vorbereitet. 34 Prozent bewerten ihren Digitalisierungsstand als „schlecht“ oder sogar „sehr schlecht“. „Dies zeigt, dass ein hoher Bedarf an zusätzlichem Wissen besteht“, so **Landsberg**. „Vernetzung mit anderen Kommunen, zusätzliche Beratung und neue Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote werden erwartet. Dem müssen wir gemeinsam mit Bund, Ländern und der Wirtschaft Rechnung tragen.“

Den größten Handlungsbedarf sehen die Kommunen bei den Themen Breitbandausbau (47 Prozent), bei der Frage der Finanzierung der bevorstehenden Aufgaben (38 Prozent) und bei der Personalausstattung (36 Prozent). Drei von vier befragten Kommunen schätzen den zusätzlichen Finanzierungsbedarf als „hoch“ oder „sehr hoch“ ein. Hier bedarf es aus Sicht des Deutschen Städte- und Gemeindebundes der Unterstützung durch Bund und Länder. „Wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dieses Thema ganz oben auf die Agenda zu nehmen. Der Schlüssel zum Erfolg der Digitalisierung liegt in den Städten und Gemeinden – digitale Städte, digitale Dörfer und digitale Regionen entstehen allerdings nicht im Labor. Diese Erkenntnis muss sich auch auf Bundesebene durchsetzen. Es ist erforderlich, dass die Kommunen als Partner auf Augenhöhe in alle nationalen und länderübergreifenden Prozesse mit eingebunden werden. Wir brauchen flächendeckendes, leistungsfähiges Breitband, mehr Finanzmittel und eine kluge Strategie in der Aus- und Weiterbildung“, forderte **Landsberg**.

Aber auch die Städte und Gemeinden selber müssen ihre Hausaufgaben erledigen. „Ein ganzheitlicher strategischer Ansatz, bei dem die Digitalisierung bereichsübergreifend vorangetrieben wird, scheint aktuell noch eher die Ausnahme zu sein“, so **Prof. Wittpahl**. Lediglich sechs Prozent der befragten Kommunen gaben an, bereits mit der Umsetzung einer Digitalisierungsstrategie begonnen zu haben, nahezu die Hälfte der Städte und Gemeinden hat noch keine derartige Strategie entwickelt. „Erforderlich ist ein Umdenken in der kommunalen Politik und bei den Verantwortlichen. Wir müssen schneller in die Umsetzung kommen, auch einmal ins Risiko gehen. Digitale Transformation bedeutet auch, nicht immer exakt abschätzen zu können, welche Ergebnisse am Ende des Weges stehen. Klar ist aber: Wer sich nicht auf den Weg macht, der verspielt eine Menge Zukunftschancen“, so **Landsberg**. „Fast alle Kommunen erwarten eine hohe „digitale Dividende“. Sie selbst müssen dafür ihre Rolle als gestaltende Akteure der Digitalisierung vor Ort allerdings noch definieren“, ergänzt **Prof. Wittpahl** abschließend.

Zur Umfrage:

Am „Zukunftsradar Digitale Kommune“ beteiligten sich insgesamt 450 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland. Dabei stellte die Grup-

pe der Kommunen zwischen 10.000 und 50.000 Einwohner die mit Abstand größte Teilnehmergruppe. Die Umfrage wurde Online durchgeführt und soll in regelmäßigen Abständen wiederholt werden, um ein Bild über den Prozess der Digitalisierung in deutschen Kommunen zu zeichnen. Initiatoren der Umfrage waren der Deutsche Städte- und Gemeindebund und das Institut für Innovation und Technik (iit) in der VDI/VDE Innovation und Technik GmbH.

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB)

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) vertritt als kommunaler Spitzenverband in Deutschland und Europa die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung von rund 11.500 Städten und Gemeinden. Er ist föderal organisiert, parteipolitisch unabhängig und arbeitet ohne staatliche Zuschüsse. Er organisiert den Erfahrungsaustausch unter den Kommunen und befasst sich unter anderem mit kommunalen Zukunftsthemen wie der digitalen Transformation.

Weitere Informationen unter: www.dstgb.de.

Institut für Innovation und Technik (iit)

Das Institut für Innovation und Technik (iit) ist eine Querschnittseinrichtung der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH und bearbeitet Fragen rund um Innovationspolitik, -prozesse und -systeme. Kernangebot sind Studien, Evaluationen und Begleitforschungen. Das iit ist ein neutraler zertifizierter Partner für öffentliche Auftraggeber ebenso wie für Unternehmen und kann auf die Expertise von mehr als 250 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus verschiedenen Fachbereichen bauen. Weitere Informationen unter: www.iit-berlin.de